



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren in einer wöchentlichen Kolumne.
Quelle: Nik Egger/ade

Links vs. Rechts

Was soll die Schweiz mit dem Geld von Maduro tun?

Die Schweiz hat venezolanische Vermögenswerte eingefroren. SVP-Grossrat Mathias Müller und SP-Grossrätin Oriana Pardini schreiben, wie es damit weitergehen soll.

Oriana Pardini (SP) - Mathias Müller (SVP)
Publiziert: 12. Januar 2026, 06:00 Uhr

Oriana Pardini: «Es kann keine «neutrale» Verwaltung des Goldes geben.»

Die von den USA herbeigeführte Absetzung von Diktator Maduro verstösst gegen internationales Recht und ist klar zu verurteilen. Kein Staat darf durch militärische Intervention eines anderen seiner Souveränität beraubt werden. Doch unabhängig davon stellt sich für die Schweiz eine zentrale Frage: Wie gehen wir mit den Tonnen venezolanischen Goldes um, die in unseren Banken lagern?

Der Fall ist kein juristisches Randthema, sondern eine politische Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats und für den Anspruch der Schweiz, soziale Verantwortung ernst zu nehmen. Zwischen 2013 und 2016 liess das Maduro-Regime Tonnen Gold in die Schweiz bringen. Gold eines Staates, dessen Institutionen ausgehöhlt, dessen Wahlen delegitimiert wurden und dessen Bevölkerung eine humanitäre Krise erlebt. Seither liegt dieses Gold in der Schweiz. Die Kernfrage bleibt: Wem gehört es, und wofür darf es verwendet werden?

Rechtsstaatlich ist die Lage klar. Die Schweiz darf keine Vermögenswerte verwalten oder weitergeben, deren Herkunft ungeklärt oder mutmasslich illegal ist. Das Bundesgesetz zur Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen verpflichtet zum Einfrieren und zur sorgfältigen Prüfung. Der Grundsatz, der bei uns gilt, ist einfach: kein legitimes Eigentum ohne rechtmässigen Erwerb.

Sollte sich bestätigen, dass dieses Gold dem venezolanischen Staat unrechtmässig entzogen wurde, und davon kann man ausgehen, kann es keine «neutrale» Verwaltung geben. Dann hat das venezolanische Volk den legitimen Anspruch auf Rückgabe. Millionen Menschen haben in Venezuela keinen verlässlichen Zugang zu Nahrung, Medikamenten und öffentlichen Dienstleistungen. Eine transparente, international überwachte Rückführung für soziale Zwecke, im Interesse der venezolanischen Gesellschaft, wäre ein starkes Signal der Schweiz an die Welt.

Das venezolanische Gold wiegt politisch schwer. Wer es trägt, entscheidet darüber, auf welcher Seite der Geschichte wir stehen wollen.

Mathias Müller: «Schluss mit dem Berner Moraldiktat.»

Nicolás Maduro ist Geschichte. Sein Abgang beendet einen sozialistischen Albtraum, der Venezuela vom einst reichsten Land Südamerikas zum Armenhaus degradierte. Das Land wurde durch falsche Ideologie ausgehungert; nun steht es vor einem Neuanfang. Die Menschen hoffen auf das Ende der Willkür – und auf die Rückkehr zu normaler Staatlichkeit.

Damit rücken die in der Schweiz gelagerten Goldreserven in den Fokus. Das aktuelle Einfrieren ist als juristische Atempause richtig. Es muss geklärt werden: Handelt es sich um legitimes Staatsvermögen oder um das Beutegut einer kleptokratischen Clique? Diese Prüfung ist sauberes juristisches Handwerk, keine Aussenpolitik.

Doch Vorsicht: In Bern lauert bereits die Gefahr der politischen Übergriffigkeit. Sobald in Caracas eine demokratisch legitimierte Regierung steht, muss das Gold zurückgegeben werden – und zwar ohne Wenn und Aber. Es droht jedoch der typische helvetische Reflex, die Rückgabe an wohlfeile Bedingungen zu knüpfen. In der Bundesverwaltung träumt mancher davon, den Venezolanern unsere Weltanschauung aufzuzwingen: Goldfreigabe nur gegen Klimaziele, Gender-Quoten oder «Good Governance» nach Brüsseler Geschmack.

Dieser drohende Moral-Imperialismus ist unerträglich. Die Schweiz ist keine Erziehungsanstalt für fremde Völker. Venezuela braucht das Geld für den Wiederaufbau, nicht für Seminare über europäische Werte. Wenn wir die Auszahlung von fremdem Eigentum davon abhängig machen, ob ein Land genug Windräder baut oder gesellschaftspolitisch nach unserer Pfeife tanzt, handeln wir nicht als Treuhänder, sondern als Erpresser. Eigentum ist absolut. Ob die neue Regierung links oder rechts steht, geht uns schlicht nichts an.

Maduros Sozialismus hat das Land ruiniert. Es wäre der Gipfel des Zynismus, wenn die Schweiz den Wiederaufbau nun mit ihrer eigenen moralischen Ideologie behindert. Echter Rechtsstaat beweist sich dort, wo man das Eigentum anderer respektiert, statt es als Hebel für die eigene Überlegenheit zu missbrauchen.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

29%

Mathias Müller

51%

Beide

18%

Niemand

2%

51 Abstimmungen

Stand. 12. Januar 2026 / 23:33

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie Grossrätin seit 2024 und aktuell Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Hier noch der Link für alle, welche ein Abo haben: <https://ajour.ch/de/story/647623/was-soll-die-schweiz-mit-dem-gold-von-maduro-tun>

1 Kommentar

Marti Rolf

Die schon fast beängstigend zwanghafte Angstmacherei von M. Müller ist allmählich unerträglich! Nun unterschiebt er unseren Bundesbehörden schon, möglicherweise unangemessene Bedingungen zu stellen für den Fall, dass Maduros Gold an das venezolanische Volk zurückerstattet werden kann. Eine solche verleumnderische Behauptung entbehrt jeder Grundlage und dient wohl nur einem Zweck: Die Diskreditierung amtlicher öffentlicher Institutionen nach amerikanischem Vorbild langsam und stetig voranzutreiben, die Grundpfeiler unserer Demokratie gezielt zu zerstören!

Positiv: 8 / Negativ 5